

Antrag A10: Demokratie verteidigen – AfD in den Kommunen verhindern

Antragsteller*in:	Doris Mair (W · KV Prignitz), Ronny Kretschmer (M · KV Ostprignitz-Ruppin), Anton Wiezorek (M · KV Oberhavel), Aaron Birnbaum (M · KV Elbe-Elster), Gerlinde Krahnert, Daniel Jacobi (M · KV Ostprignitz-Ruppin), Candy Boldt-Händel (M · LAG), Anja Mayer, Julia Köppe, Mario Stärck, Jürgen Schubert (M · KV Ostprignitz-Ruppin), Hans-Joachim Müller, Paul Schölzel, André Fittkau, Marita Köhn, Leander Borgmann, Doris Hauschild, Hannes Schurbaum, Holger Kippenhahn, Monika Goetzke (W · KV Elbe-Elster), Felix Thier (M · KV Teltow-Fläming), Kirsten Tackmann (W · KV Ostprignitz-Ruppin), Wolfgang Ackermann (M · LAG), Margitta Mächtig, Gerrit Große (W · LAG), Thomas Domres (M · KV Prignitz), Konstantin Bender, Peter Hacke (M · LAG), Marco Beckendorf, Sina Schurbaum, Christian Görke (M · KV Havelland), Andreas Büttner (M · KV Uckermark), Thomas Sohn, Ingrid Stahl, Eberhard Plaumann, Lutz Kupitz, Sybille Wallat-Schwarz, Fabian Streich (M · KV Havelland), Uta Sändig, Jörg Schönberg (M · KV Havelland), Thomas Lotsch, Meli Liebscher, Lars Zitterbart, Sylvia Zienecke (W · KV Ostprignitz-Ruppin), LAG Queer
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Gleichwertigkeit aller Menschen und der Schutz ihrer unveräußerlichen
- 2 Menschenrechte sind nicht nur zentrale Prinzipien unserer Demokratie,
- 3 sondern zugleich unverzichtbare Leitlinien für Die Linke – in Brandenburg,
- 4 in ganz Deutschland und darüber hinaus. Sie bilden das Fundament, auf dem
- 5 wir aus der Erkenntnis der Verbrechen des Faschismus die
- 6 unmissverständliche Verpflichtung ableiten: Nie wieder dürfen Menschen
- 7 andere als minderwertig erklären und töten.
- 8 Doch ein neuer Faschismus sickert seit Jahren schleichend in unser
- 9 gesellschaftliches Bewusstsein – getragen von der Neuen Rechten und der
- 10 AfD. Sie betreiben einen gezielten Kampf gegen diese egalitäre Politik,
- 11 indem sie Begriffe wie „Gleichheit“ und „Solidarität“ umdeuten und für
- 12 antidemokratische Zwecke instrumentalisieren. Um dieser antiegalitären
- 13 Politik wirksam entgegenzutreten, bedarf es der vereinten Anstrengung
- 14 aller demokratischen Kräfte. Es geht nicht um Nuancen politischer
- 15 Debatten, sondern um unverhandelbare Werte – um das Leben an sich. Wer die
- 16 ausgrenzende Rhetorik und das antisoziale Handeln rechter Kräfte nicht

17 erkennt, riskiert Mitschuld am Wiedererstarken jener Politik, die im 20.
18 Jahrhundert zur millionenfachen Katastrophe führte.

19 Der Schwur von Buchenwald mahnt uns zur Tat: Gerade jetzt, da Umfragen
20 AfD-Anteile von über 40 Prozent signalisieren. Unmittelbar vor den
21 zahlreichen kommunalen Wahlen in Brandenburg dürfen wir nicht abwarten.
22 Die AfD drängt längst in Rathäuser, Landratsämter und kommunale
23 Verwaltungen vor. Schon jetzt erreichen sie mit Anträgen und Initiativen
24 Mehrheiten und bestimmen so den politischen Diskurs. Landrätinnen und
25 Bürgermeisterinnen mit AfD-Hintergrund wären keine neutralen
26 Verwaltungschef:innen, sondern Speerspitzen einer Bewegung, die
27 systematisch die egalitären Grundwerte unserer Gesellschaft aushebeln
28 würden. Sie entscheiden über Haushaltsmittel für
29 Integrationsprojekte, fördern oder blockieren demokratische Jugendarbeit
30 und prägen durch ihre Amtsführung das vorstellbar „Sagbare“ und
31 „Machbare“.

32 Deshalb ist es unsere unbedingte Pflicht als Linke, die Eroberung
33 kommunaler Spitzenämter durch die AfD zu verhindern. Wir müssen mit jeder
34 demokratischen, jeder antifaschistischen Kandidatin die Verständigung
35 suchen und sie gegebenenfalls unterstützen – auch wenn sie nicht aus
36 unseren Reihen stammt. Diese Unterstützung darf jedoch nicht rein
37 taktischer Natur sein, sondern muss auf klaren politischen Inhalten und
38 gemeinsamen Grundsätzen beruhen. Die Unterstützung soll an die
39 Übereinstimmung in grundlegenden politischen Zielen – etwa Gleichstellung,
40 soziale Gerechtigkeit,
41 Antifaschismus und Demokratieförderung – gebunden werden. Mit den zu
42 unterstützenden Kandidatinnen sollen verbindliche politische
43 Vereinbarungen getroffen werden, die zentrale gemeinsame Handlungsfelder
44 und Werte festhalten.

45 Wir müssen mit Gleichgesinnten Bündnisse schmieden – wie es bereits im
46 Landkreis Elbe-Elster für einen Landratskandidaten und in Wustermark für
47 einen Bürgermeisterkandidaten gelungen ist –, gemeinsame Wahlempfehlungen
48 aussprechen und unsere Ressourcen gezielt in den Dienst der Verteidigung
49 der Demokratie vor Ort stellen. Wo demokratische Kandidat:innen – sei es
50 aus anderen demokratischen Parteien oder aus zivilgesellschaftlichen
51 Initiativen – realistische Chancen haben, AfD-Erfolge zu verhindern,
52 müssen wir sie aktiv unterstützen, sofern wir nicht eigene Kandidaturen
53 vorgeschlagen haben und die genannten inhaltlichen Übereinkünfte gegeben
54 sind. Dies ist kein Verrat an unseren Überzeugungen, sondern deren
55 konsequente Umsetzung.

- 56 Daher fordert der Landesparteitag den Landesvorstand auf, folgende
57 Maßnahmen zur Unterstützung für die kommunalen Wahlen 2026 zu ergreifen:
- 58 1. Der Landesvorstand nimmt umgehend Kontakt zu den entsprechenden
59 Kreisverbänden auf, verschafft sich gemeinsam mit den Kreisvorständen und
60 unseren kommunalen Vertreter:innen ein Lagebild und hält dies auf
61 aktuellem Stand.
 - 62 2. Gemeinsam mit den Genoss:innen vor Ort identifiziert der Landesvorstand
63 frühzeitig Unterstützungsbedarfe, nimmt Kontakt zu allen demokratischen
64 Akteur:innen auf und entwickelt gemeinsam mit diesen einen tragfähigen
65 strategischen Ansatz. Dabei sollen die politischen Inhalte und
66 Vereinbarungen Grundlage jeder Unterstützung sein.
 - 67 3. Der Landesvorstand entwickelt und bewirbt eine Kampagne, um unsere
68 Mitglieder und uns gewogene Personen für diese Wahlkämpfe zu mobilisieren
69 und stellt Mittel bereit, demokratische Kandidat:innen gegen die AfD zu
70 unterstützen, sofern sie sich zu gemeinsamen inhaltlichen Prinzipien
71 bekennen.

Begründung

erfolgt mündlich